



Politische Forderungen des Dachverbandes der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg

Inhalt

Politische Forderungen des Dachverbandes der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg..	1
Vorwort.....	2
Verschärfung §41a GemO	3
1. Verpflichtende Einrichtung eines Jugendgemeinderats in Gemeinden mit über 30.000 Einwohnern:	3
2. Verpflichtende Einrichtung eines Jugendforums in Gemeinden mit weniger als 30.000 Einwohnern:	3
3. Einführung eines Stimmrechts für Jugendliche im Gemeinderat:	3
4. Teilnahme von Jugendgemeinderäten an nicht-öffentlichen Gemeinderatssitzungen ermöglichen:	4
5. Mindestbudget von 2€ pro wahlberechtigten Jugendlichen pro Jahr mit einem Mindestschwellewert von 3.000,00€:.....	4
Beteiligung	5
1. Förderung des Ehrenamts und Schaffung von Freistellungsberechtigungen für politisches Engagement im Ehrenamt:	5
2. Etablierung eines Jugendlandtags als offizielles Gremium:	5
Bildung	6
1. Erhöhung des Anteils kommunalpolitischer Bildung im Lehrplan:	6
2. Verankerung von Jugendbeteiligungsmöglichkeiten als festen Bestandteil des Unterrichts:.....	6
3. Verbesserung der finanziellen Bildung in Schulen:	6
4. Integration eines umfangreicheren Medienkompetenzunterrichts in den Lehrplan:	7
Mentale Gesundheit	8
1. Reduzierung des Leistungsdrucks im Bildungssystem durch die Neudefinition von Leistungsbewertungskriterien:	8
2. Einführung von Krisenbewältigungsschulungen für Schüler und Schülerinnen:	8
3. Schaffung zusätzlicher Studien- und Ausbildungsplätze im Gesundheitsbereich:	8
Schlusswort	9



Vorwort

Baden-Württemberg steht als eines der wirtschaftlich stärksten und innovativsten Bundesländer Deutschlands vor vielfältigen Herausforderungen und Chancen. Eine generationengerechte Gesellschaft baut auf der aktiven Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Jugend, auf. Unsere politischen Forderungen zielen darauf ab, die Teilhabe, Bildung, mentale Gesundheit und das ehrenamtliche Engagement junger Menschen zu stärken, um ein gerechtes und nachhaltiges Miteinander zu fördern.

Als Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V. vertreten wir die Interessen und Belange der Jugend in unserem Bundesland. Durch langjährige, enge Zusammenarbeit mit Jugendgemeinderäten, Fachkräften der Jugendarbeit und Bildungseinrichtungen und unsere Erfahrung, können wir ein Sprachrohr für junge Menschen hier im Land sein. Unsere Stärke liegt in der kontinuierlichen Sammlung von Feedback und der Durchführung regelmäßiger Schulungen und Workshops, die uns befähigen, aktuelle Herausforderungen zu identifizieren und zielgerichtete Lösungen zu entwickeln. Wir sind in landesweiten Netzwerken aktiv und pflegen einen intensiven Dialog mit politischen Entscheidungsträgern.

Unser Ziel ist es, die Lebensbedingungen der Jugend zu verbessern und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. Mit unserer fundierten Expertise und unserem Engagement sind wir aufgestellt, um folgende Maßnahmen anzugehen und die Zukunft Baden-Württembergs positiv zu gestalten.

Verschärfung §41a GemO

Die Verschärfung des §41a der Gemeindeordnung (GemO) ist ein entscheidender Schritt, um die politische Mitbestimmung junger Menschen zu gewährleisten. Ein Stimmrecht im Gemeinderat für Jugendgemeinderäte und die verpflichtende Einrichtung von Jugendgemeinderäten und Jugendforen in allen Gemeinden sind zentrale Maßnahmen. Sie sichern, dass die Perspektiven der Jugend in kommunalen Entscheidungen berücksichtigt werden. Dies stärkt die Demokratie und schafft eine engere Bindung zwischen jungen Menschen und ihrer Heimatgemeinde. Die Teilnahme von Jugendgemeinderäten an nicht-öffentlichen Sitzungen ist ein wichtiger Schritt zu einer tatsächlich vollwertigen Jugendbeteiligung und schafft eine neue Ebene der Zusammenarbeit.

1. Verpflichtende Einrichtung eines Jugendgemeinderats in Gemeinden mit über 30.000 Einwohnern:

In allen Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern muss ein Jugendgemeinderat eingerichtet werden. Dieser Jugendgemeinderat soll als offizielles Vertretungsorgan der Jugendlichen dienen, regelmäßige Sitzungen abhalten und in engem Austausch mit dem Gemeinderat stehen. Die Mitglieder des Jugendgemeinderats sollen durch demokratische Wahlen unter den Jugendlichen der Gemeinde bestimmt werden. Der Jugendgemeinderat soll ein eigenes Budget zur Verfügung haben, um eigenständig Projekte und Initiativen umzusetzen.

2. Verpflichtende Einrichtung eines Jugendforums in Gemeinden mit weniger als 30.000 Einwohnern:

Gemeinden mit weniger als 30.000 Einwohnern sollen verpflichtet werden, ein Jugendforum einzurichten. Dieses Forum soll eine offene Plattform für alle interessierten Jugendlichen der Gemeinde sein, um ihre Anliegen, Ideen und Wünsche zu diskutieren und in den politischen Prozess einzubringen. Das Jugendforum soll regelmäßig tagen und die Möglichkeit haben, Anträge und Vorschläge an den Gemeinderat zu richten. Ein Jugendforum soll kein Jugendgemeinderat ersetzen, sondern für Kommunen mit wenig Personalressourcen eine Alternative bieten.

3. Einführung eines Stimmrechts für Jugendliche im Gemeinderat:

Es soll eine gesetzliche Regelung eingeführt werden, die Jugendgemeinderäten ein Stimmrecht im Gemeinderat gewährt. Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass die Interessen und Perspektiven der jüngeren Generationen in kommunalen Entscheidungen angemessen berücksichtigt werden.

4. Teilnahme von Jugendgemeinderäten an nicht-öffentlichen Gemeinderatssitzungen ermöglichen:

Jugendgemeinderäten soll das Recht eingeräumt werden, an nicht-öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats teilzunehmen insofern Inhalte dieser die Belange der Jugendlichen betreffen. Dies soll sicherstellen, dass die Jugendvertreter umfassend über alle relevanten kommunalen Angelegenheiten informiert sind und aktiv an Diskussionen und Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Es muss daher eine entsprechende Regelung eingeführt werden.

5. Mindestbudget von 2€ pro wahlberechtigten Jugendlichen pro Jahr mit einem Mindestschwellwert von 3.000,00€:

Um die Handlungsfähigkeit des Jugendgemeinderates zu gewährleisten, soll diesem genügend Geld zur Verfügung gestellt werden. Um dem Begriff „angemessene finanzielle Mittel“ einen konkreten Rahmen zu geben fordern wir 2€ pro wahlberechtigten Jugendlichen pro Jahr. Das Budget darf den Schwellwert von mindestens 3.000,00€ nicht unterschreiten. Des Weiteren sollte das Budget jährlich an die Inflation angepasst werden. Diese konkreten Werte gelten nur als Mindestanforderungen, mehr Mittel schaffen mehr Selbstbestimmung und sind wünschenswert.

Beteiligung

Die Etablierung eines Jugendlandtags als offizielles Gremium gibt der Jugend eine starke Stimme auf Landesebene und fördert ihr politisches Engagement. Die Förderung des Ehrenamts durch gesetzliche Freistellungsregelungen für politisches Engagement ist essenziell, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Anerkennung und Unterstützung des Ehrenamts motivieren mehr junge Menschen, sich aktiv einzubringen und Verantwortung zu übernehmen.

1. Förderung des Ehrenamts und Schaffung von Freistellungsberechtigungen für politisches Engagement im Ehrenamt:

Ehrenamtliches Engagement, insbesondere im politischen Bereich, soll stärker gefördert werden. Dazu sollen gesetzliche Regelungen eingeführt werden, die es ermöglichen, dass ehrenamtlich tätige Personen für ihre Tätigkeit freigestellt werden können, ohne berufliche Nachteile zu erleiden. Hoch- und Ausbildungsschulen, Universitäten und Arbeitgeber sollen dazu verpflichtet werden, ihren Mitarbeitern für politische Ehrenämter bezahlte Freistellungen zu gewähren. Darüber hinaus sollen ehrenamtliche Tätigkeiten durch finanzielle Anreize und öffentliche Anerkennung weiter gefördert werden. Darüber hinaus soll § 32 Absatz 2 Gemo BW dahingehend novelliert werden, dass dieser auch Hochschulen und Universitäten miteinbezieht.

2. Etablierung eines Jugendlandtags als offizielles Gremium:

Ein Jugendlandtag soll als offizielles Gremium auf Landesebene etabliert werden, in dem Jugendliche landesweite Themen diskutieren und Beschlüsse fassen können. Der Jugendlandtag soll regelmäßig tagen und die Möglichkeit haben, Anträge und Empfehlungen direkt an das Landesparlament und die Landesregierung zu richten. Die Mitglieder des Jugendlandtags sollen durch Wahlen unter den Jugendlichen des Bundeslandes bestimmt werden.

Bildung

Unsere Forderungen im Bildungsbereich sind darauf ausgerichtet, Schüler optimal auf die Anforderungen der modernen Welt vorzubereiten. Medienkompetenz ist heute unverzichtbar, um sich sicher und kritisch in der digitalen Welt zu bewegen. Gleichzeitig ist ein fundiertes Verständnis für kommunale Politik notwendig, um sich aktiv in die Gesellschaft einbringen zu können. Jugendbeteiligungsmöglichkeiten im Unterricht fördern das Verantwortungsbewusstsein und die Kreativität der Schüler. Finanzbildung als fester Bestandteil des Lehrplans bereitet sie auf ein eigenverantwortliches Leben vor und verhindert spätere finanzielle Schwierigkeiten.

1. Erhöhung des Anteils kommunalpolitischer Bildung im Lehrplan:

Die Bedeutung und Funktionsweise der Kommunalpolitik sollen verstärkt in den Lehrplan integriert werden. Schüler sollen umfassend über die Strukturen, Aufgaben und Entscheidungsprozesse in ihrer Kommune informiert werden. Praktische Projekte, Exkursionen zu Gemeinderatssitzungen und Begegnungen mit lokalen Politikern, insbesondere Mitglieder von Jugendgemeinderäten, sollen diesen Unterrichtsteil bereichern und das Interesse der Schüler an kommunalpolitischem Engagement wecken. Diese Maßnahmen sollen in der regulären Unterrichtszeit stattfinden, um eine möglichst hohe Teilnahme zu gewährleisten und keine Freizeit der Schüler und Schülerinnen in Anspruch zu nehmen.

2. Verankerung von Jugendbeteiligungsmöglichkeiten als festen Bestandteil des Unterrichts:

Jugendbeteiligungsmöglichkeiten sollen als feste jährliche Bestandteile des Unterrichts etabliert werden. Schüler sollen Projekte entwickeln und durchführen können, die direkt mit ihrer Gemeinde zu tun haben. Dies könnte die Gestaltung öffentlicher Plätze, die Organisation von kulturellen Events oder die Durchführung von Umfragen zu lokalen Themen umfassen. Durch solche Projekte sollen die Schüler erfahren, wie sie aktiv zur Gestaltung ihres Lebensumfelds beitragen können.

3. Verbesserung der finanziellen Bildung in Schulen:

Finanzielle Bildung soll ein integraler Bestandteil des Schulcurriculums werden. Schüler sollen Kenntnisse über grundlegende finanzielle Themen (wie Budgetierung, Sparen, Investitionen, Steuern, Versicherungen und Kreditmanagement) erwerben. Unterrichtseinheiten sollen praxisnah gestaltet werden und durch Planspiele, Simulationen und Expertenvorträge ergänzt werden. Ziel ist es, die Schüler auf ein eigenverantwortliches finanzielles Leben vorzubereiten.



4. Integration eines umfangreicheren Medienkompetenzunterrichts in den Lehrplan:

Der Lehrplan soll überarbeitet werden, um einen stärkeren Fokus auf Medienkompetenz zu legen. Schüler sollen lernen, wie man Informationen kritisch bewertet, Fake News erkennt und soziale Medien verantwortungsvoll nutzt. Der Unterricht soll praxisorientiert sein und den Schülern Werkzeuge an die Hand geben, um sich sicher und kompetent in der digitalen Welt zu bewegen. Lehrer sollen hierfür spezielle Fortbildungen erhalten.

Mentale Gesundheit

Die mentale Gesundheit junger Menschen ist eine wesentliche Voraussetzung für ihre persönliche und berufliche Entwicklung. Eine Reform der Leistungsbewertung in Schulen reduziert den Druck auf die Schüler und fördert eine ganzheitliche Entwicklung. Krisenbewältigungsschulungen bieten den Schülern wertvolle Strategien im Umgang mit Stress und psychischen Belastungen, was ihre Resilienz stärkt und langfristige psychische Erkrankungen verhindert. Die Schaffung zusätzlicher Studienplätze im Gesundheitsbereich adressiert den akuten Fachkräftemangel und ermöglicht eine bessere Versorgung.

1. Reduzierung des Leistungsdrucks im Bildungssystem durch die Neudefinition von Leistungsbewertungskriterien:

Die bestehenden Leistungsbewertungskriterien sollen überarbeitet werden, um den hohen Leistungsdruck auf Schüler zu reduzieren. Alternative Bewertungsmethoden, die den individuellen Lernfortschritt, kreative Fähigkeiten und soziale Kompetenzen stärker berücksichtigen, sollen eingeführt werden. Es soll weniger Gewicht auf standardisierte Tests und mehr auf kontinuierliche Leistungsbewertungen gelegt werden.

2. Einführung von Krisenbewältigungsschulungen für Schüler und Schülerinnen:

Krisenbewältigung und Verhalten im Katastrophenfall soll als fester Bestandteil des Schulcurriculums eingeführt werden. Wir leben in einer Dauerkrisenzeit, welche auch für kommende Generationen eine Rolle spielen wird. Daher sollen Schüler mehr Aufklärung bekommen wie künftige internationale- bzw nationale Krisen aussehen könnten und was eventuelle Lösungen sind. Auch das konkrete Verhalten im Katastrophenfall oder ähnlichen Ausnahmesituationen muss geübt und gelehrt werden. Beispielsweise Erste-Hilfe-Kurse, Verhalten bei langzeitigen flächendeckenden Stromausfällen, Verhalten bei massiven Cyberangriffen oder Verhalten bei Naturkatastrophen, welche durch den Klimawandel zukünftig wahrscheinlicher werden.

3. Schaffung zusätzlicher Studien- und Ausbildungsplätze im Gesundheitsbereich:

Die Anzahl der Studienplätze für Berufe der öffentlichen Gesundheit sollen stark ausgebaut und ggf. diversifiziert werden. Hier stehen vor allen Dingen die Allgemeinmediziner und das erforderliche Personal in Krankenhäusern im Vordergrund. Außerdem auch Studienplätze für Psychotherapeuten, um mit den Langzeit Wirkungen von Krisenfällen, wie beispielsweise Corona, fertig werden zu können.



Schlusswort

Unsere politischen Forderungen sind essenziell für die Weiterentwicklung und Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs. Sie fördern eine engagierte, informierte und gesunde junge Generation, die aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft teilnimmt. Nur durch gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Jugend können wir sicherstellen, dass Baden-Württemberg weiterhin ein prosperierendes und lebenswertes Bundesland bleibt. Lassen Sie uns gemeinsam die Weichen für eine bessere Zukunft stellen.